

Fragen

**für die Fragestunde der 171. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 25. Juni 2008**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 49	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	31, 50	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	34, 35
Dr. Dückert, Thea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14	Maisch, Nicole (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 22
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	36, 43	Schäffler, Frank (FDP)	26, 27
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	1, 2	Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30
Heilmann, Lutz (DIE LINKE.)	45, 51	Schneider, Volker (Saarbrücken) (DIE LINKE.)	44
Hermann, Winfried (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	41, 42
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48	Steenblock, Rainer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	7, 8	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	5, 6
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17	Thiele, Carl-Ludwig (FDP)	28, 29
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	32, 33	Trittin, Jürgen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21	Ulrich, Alexander (DIE LINKE.)	39, 40
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	3, 4	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	37, 38
Koppelin, Jürgen (FDP)	24, 25		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	12

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Erklärung des US-Präsidenten George W. Bush während seines Besuches in Deutschland in Bezug auf ein militärisches Vorgehen gegen den Iran: „alle Optionen liegen auf dem Tisch“ (SPIEGEL ONLINE vom 11. Juni 2008)?

2. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
Hat die Bundeskanzlerin diesen Vorstellungen des US-Präsidenten widersprochen oder akzeptiert die Bundesregierung, dass die Konzeption der US-Administration auch ein militärisches Vorgehen gegen den Iran einschließt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

3. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
Welche Bundeseinrichtungen wurden in der laufenden Wahlperiode in den östlichen Bundesländern neu angesiedelt, und welche Ansiedlungen sind noch geplant, wie es gemäß dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom November 2005 in Kapitel III Nr. 10 vorgesehen ist, wonach „neue Bundeseinrichtungen in den neuen Bundesländern angesiedelt werden sollen“?

4. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
Welche Bundeseinrichtungen wurden in der laufenden Wahlperiode in den westlichen Bundesländern neu angesiedelt, und welche Ansiedlungen sind noch geplant?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

5. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
Wie wird die Bundesregierung die Möglichkeiten der „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnung den Lebensmittelproduzenten bekannt machen, und welche Haushaltsmittel sollen dafür konkret eingesetzt werden?

6. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Aufkauf land- und forstwirtschaftlicher Flächen durch Energie- bzw. Saatgutkonzerne in den vergangenen fünf Jahren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

7. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Welche Schritte zur Stärkung des zweiten und dritten Bildungsweges plant die Bundesregierung in der noch verbleibenden Legislaturperiode?
8. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hält es die Bundesregierung für rechtlich möglich und für politisch erforderlich, nicht nur den Rechtsanspruch auf einen Hauptschulabschluss wie zurzeit öffentlich diskutiert, sondern angesichts der schlechten Chancen von Hauptschülerinnen und Hauptschülern auf einen qualifizierten Ausbildungsplatz mindestens den Rechtsanspruch auf einen mittleren Schulabschluss über die Arbeitsmarktpolitik bundesweit zu verankern?
9. Abgeordneter
**Jürgen
Trittin**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorgang, dass das Landesbergamt Niedersachsen seit 1997 wusste, dass im Forschungsendlager Asse Radioaktivität in die Salzlauge eindringt und diese von dem Helmholtz-Zentrum als Betreiber abgepumpt wurde, und was gedenkt die Bundesregierung angesichts dieser Information zu tun?
10. Abgeordneter
**Jürgen
Trittin**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass das Landesumweltamt – das seit September 2007 von der Pumppraxis wusste – nicht in der Lage ist, den Betreiber zu kontrollieren, und wird nun die Ankündigung des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, umgesetzt, dass nach dem Atomgesetz die Bundesaufsicht eingeschaltet wird?

11. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Genehmigung durch das Bergamt Clausthal-Zellerfeld, wonach das Verbringen der eintretenden und zum Teil kontaminierten Lauge auf die unterste Ebene des Bergwerks Asse II zugelassen wurde?
12. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass das verstrahlte Material ungeschützt im Bergwerk Asse II verbleiben soll, oder kann es von dort wieder geborgen werden?
13. Abgeordnete
**Dr. Thea
Dückert**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass mit dem Bau von Strömungsbarrieren Fakten geschaffen werden, die eine Rückholung der radioaktiven Fässer erschweren oder gar unmöglich machen?
14. Abgeordnete
**Dr. Thea
Dückert**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag von Mitgliedern des niedersächsischen Landtages, einen Baustopp in der Asse zu verfügen, um die Möglichkeit zur Rückholung der Atommüllfässer nicht zu verbauen?
15. Abgeordnete
**Nicole
Maisch**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zieht die Bundesregierung in Betracht, dass Einzugsgebiete von Wasserwerken im Großraum Braunschweig bei der Durchführung des Flutungskonzepts von Asse II von radioaktiver Verseuchung bedroht sind, und welche Wasserwerke könnte dieses Szenario umfassen?
16. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass der Betreiber des Forschungsendlagers Asse II bei Wolfenbüttel – entgegen seiner mehrfachen öffentlichen Verlautbarungen – keine Alternativen zum Flutungskonzept tiefgehend geprüft hat?
17. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass hier für einen Optionenvergleich eine vertiefende Untersuchung zur Rückholung aller radioaktiven Abfälle mit den radiologischen Konsequenzen verschiedener Varianten einschließlich einer maschinellen und ferngesteuerten Variante anzustellen ist?

18. Abgeordneter
Winfried Hermann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass der Betreiber des Forschungsendlagers Asse II weder die Öffentlichkeit noch das niedersächsische Umweltministerium informiert hat, dass er bei der Beprobung der Laugenzuflüsse mehrfach stark erhöhte Strahlenwerte festgestellt hat?
19. Abgeordneter
Winfried Hermann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Zuverlässigkeit des Betreibers des Forschungsendlagers Asse II im Angesicht der Verbringung radioaktiver Substanzen ohne Transportgenehmigung durch das Bundesamt für Strahlenschutz?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

20. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bei welchen Sachfragen besteht bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs in Sachen Fahrgastrechte unter den beteiligten Bundesministerien noch kein Einvernehmen, und wann kann mit der Vorlage eines Referentenentwurfs gerechnet werden?
21. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Erfahrungen der bisherigen außergerichtlichen Schlichtung im Bereich der Fahrgastrechte, und wie gedenkt die Bundesregierung die außergerichtliche Schlichtung gesetzlich zu regeln?
22. Abgeordnete
Nicole Maisch
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung eine verkehrsträgerübergreifende außergerichtliche Schlichtung im Bereich der Fahrgastrechte, und wie soll die außergerichtliche Schlichtung finanziert werden?
23. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche der folgenden Positionen zu der von der Europäischen Kommission beabsichtigten neuen Rahmenrichtlinie für einen umfassenden Schutz vor Diskriminierung ist die gültige und auch in Brüssel vertretene Position der Bundesregierung:
a) die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales berichtete Position, nach der die Bundesregierung der Initiative „ablehnend“ gegenübersteht (Unterrichtung gegenüber dem Ausschuss für Arbeit

und Soziales vom 22. April 2008, Ausschussdrucksache 16(11)951);

b) die ablehnende Haltung der Bundeskanzlerin, die laut „FAZ“ vom 13. Juni 2008 beim Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso gegen ein solches Vorhaben interveniert hat, oder

c) die abwartend-neutrale Haltung, die mir die Bundesministerin der Justiz im Nachtrag zu der Fragestunde am 28. Mai 2008 in einem Schreiben vom 11. Juni 2008 mitgeteilt hat („Die Bundesregierung möchte sich derzeit dazu nicht äußern, sondern wird insgesamt Stellung nehmen, wenn die EU-Kommission Vorschläge für eine neue Antidiskriminierungsrichtlinie vorlegt.“),

und wie beurteilt die Bundesregierung die Vorschläge in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Mai 2008 zu den Fortschritten in Bezug auf Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung in der EU mit der Vorgangsnummer 2007/2202(INI) im Einzelnen (Kriterien, Maßnahmen) (der endgültige Beschluss hat die Nummer P6_TA(2008)0212)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

24. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)
- Welche Gründe hatte die Bundesregierung, auf meine schriftliche Frage 26 auf Bundestagsdrucksache 16/9554 vom 30. Mai 2008 in ihrer Antwort überhaupt nicht einzugehen, und warum gibt es weiterhin auch keinen Bezug der Antwort auf meine Frage?
25. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)
- Welche finanziellen Einlagen von Institutionen des Bundes (mit mittelbaren und unmittelbaren Bundesbeteiligungen) in jedweder Rechtsform gab es in den Jahren 2006, 2007 und 2008 bei der IKB Deutsche Industriebank AG?
26. Abgeordneter
Frank Schäffler
(FDP)
- Trifft es zu, dass die Liquiditätslinie der Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH gegenüber der IKB Deutsche Industriebank AG in Höhe von 500 Mio. Euro erst nach Bekanntwerden der IKB-Krise im August 2007 voll ausgeschöpft wurde, und inwieweit hat das Bundesministerium der Finanzen hierauf Einfluss genommen?

27. Abgeordneter
Frank Schäffler
(FDP)
- Trifft es zu, dass die Geschäftsführer der Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH sich gegen eine Verlängerung beziehungsweise gegen eine volle Ausschöpfung dieser Liquiditätslinie ausgesprochen haben, und steht das Ausscheiden der Geschäftsführer der Finanzagentur GmbH zum 31. Dezember 2007 beziehungsweise zum 30. April 2008 in einem Zusammenhang hiermit?
28. Abgeordneter
Carl-Ludwig Thiele
(FDP)
- Ist es zutreffend, dass die Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH am Montag, dem 30. Juni 2007, nach dem Schnüren des ersten „Rettungspaketes“ für die IKB die bestehende Kreditlinie für die IKB nicht nur verlängert sondern auch auf 500 Mio. Euro erhöht hat?
29. Abgeordneter
Carl-Ludwig Thiele
(FDP)
- War sichergestellt, und wenn ja, wodurch, dass diese Kreditlinie über die gesamte Laufzeit zu 100 Prozent abgesichert war?
30. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- War der Kredit über 500 Mio. Euro, den die Finanzagentur GmbH der IKB gewährte, vollständig oder teilweise besichert?
31. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- In welchen Bereichen gibt es Aufzeichnungen über die Höhe der Einnahmen aus der Mehrwertsteuer, und warum gibt es diese in bestimmten Bereichen (beispielsweise bei den Mehrwertsteuereinnahmen auf Kraftstoffe) nicht?
32. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Wie haben sich Anzahl der Streitfälle und Umfang des Verwaltungsaufwandes bezüglich der steuerlichen Absetzbarkeit für das häusliche Arbeitszimmer nach dessen Einschränkung durch das Steueränderungsgesetz 2007 und insbesondere durch die Handhabungsvorschriften des Bundesministeriums der Finanzen im Vergleich zu vorher entwickelt, und wie zielführend hat sich diese Einschränkung hinsichtlich der Verwaltungsvereinfachung und der Gleichmäßigkeit der Besteuerung erwiesen?

33. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Wie sieht die Bundesregierung das objektive Nettoprinzip bezüglich der steuerlichen Absetzbarkeit für das häusliche Arbeitszimmer bei der geltenden Regelung gewahrt, wenn der Arbeitsmittelpunkt außerhalb des Arbeitszimmers liegt und trotzdem zugleich der Betrieb eines Arbeitszimmers eine vom Berufsverband und/oder von anderen Sachverständigen anerkannte sachliche Notwendigkeit für die Sicherung des Geschäftsablaufes bzw. zur Ausübung des Berufs darstellt?
34. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(DIE LINKE.)
- Wie haben sich die Gehälter der Vorstände der zehn größten Unternehmen (bezogen auf die Höhe des Nennkapitals), an denen der Bund unmittelbar beteiligt ist, in den letzten fünf Jahren entwickelt (bitte Angaben in absoluten Zahlen)?
35. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(DIE LINKE.)
- Wie haben sich die Bonuszahlungen für die Vorstände der zehn größten Unternehmen (bezogen auf die Höhe des Nennkapitals), an denen der Bund unmittelbar beteiligt ist, in den letzten fünf Jahren entwickelt (bitte Angaben in absoluten Zahlen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

36. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Schließung des nahezu gesamten eigenen Filialnetzes der Deutschen Post AG sowie dessen Umwandlung in private Agenturen hinsichtlich der gesetzlich vorgeschriebenen Angebotsdichte von Postdienstleistungen, des Service und des Erhalts sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung?
37. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklung der Arbeitsplätze im Bereich der 12 000 stationären Einrichtungen, in denen Verträge über Briefbeförderungsleistungen abgeschlossen und abgewickelt werden können und müssen, hinsichtlich Anzahl, tariflicher Entlohnung, Arbeitszeit infolge der Schließung der Filialen der Deutschen Post AG und der Übertragung der Erbringung entsprechender Dienstleistungen auf private Agenturen bzw. Partnerfilialen, und wäre es nicht notwendig, in der Post-Universaldienstleistungsverordnung ne-

ben einer Mindestzahl der stationären Einrichtungen auch soziale Mindestkriterien für die dort vorhandenen Beschäftigungsverhältnisse festzuschreiben?

38. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den im Zusammenhang mit der Auslagerung von Filialen der Deutschen Post AG geäußerten Bedenken des Deutschen Verbandes für Post, Informations-technologie und Telekommunikation e. V. (DVPT), dass die Mitarbeiter in privaten Filialen nur unzureichend angelernt würden, es dort weniger Schalter gäbe, außerdem viele der neu gegründeten sog. Post-Points nur ein eingeschränktes Angebot an Dienstleistungen bereitstellen und sich der Service und die Beratung für die Postkunden durch die Auslagerung also verschlechtern würde, und wäre eine Aufnahme von zusätzlichen Qualitätskriterien – neben dem Umfang der anzubietenden Leistungen – in den Universaldienst vor diesem Hintergrund aus Sicht der Bundesregierung sinnvoll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

39. Abgeordneter
**Alexander
Ulrich**
(DIE LINKE.)

Welche Haltung nimmt die Bundesregierung bezüglich der in der gemeinsamen Erklärung der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten Belgien, Zypern, Griechenland, Spanien und Ungarn geäußerten Kritik ein, dass die notwendige Balance zwischen dem Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie einer flexiblen Arbeitsorganisation durch die EU-Arbeitszeitrichtlinie nicht gelungen sei, kein signifikanter Fortschritt hinsichtlich der Verbesserung des Gesundheitsschutzes bzw. der Sicherheit am Arbeitsplatz erzielt wurde, die Regelungen zum Opt-Out eine Ausweitung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeiten über 65 Stunden hinaus ermöglichen, sowie das Urteil des Europäischen Gerichtshofes bezüglich der Wertung von Bereitschaftsdiensten als Arbeitszeit nicht mit einer Ausweitung der Arbeitszeiten beantwortet werden sollte (bitte einzeln begründen)?

40. Abgeordneter
Alexander Ulrich
(DIE LINKE.)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zur Ankündigung Frankreichs ein, Ruhezeiten weiterhin als aktive Arbeitszeiten zu werten und sie nicht auf die Erholungsphasen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anzurechnen, und weshalb beabsichtigt die Bundesregierung keine vergleichbare Regelung im nationalen Arbeitsrecht?
41. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung des bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus, Siegfried Schneider, welcher in einem Brief an die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen und die behindertenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der fünf Bundestagsfraktionen am 29. Mai 2008 folgende Interpretationserklärung bei der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen vorschlägt: „Die Förderung von Menschen mit Behinderungen an besonderen Förderschulen als integrativer Teil des allgemeinen Bildungssystems ist im Sinne des Art. 24 Ziff. 2 Buchst. e) eine wirksame und individuell ausgerichtete Unterstützungsmaßnahme mit dem Ziel der vollständigen Einbindung in die Gesellschaft in einem Umfeld, das die größtmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet, und erfüllt somit das Recht auf Bildung im Sinne des Art. 24“?
42. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Was hat die Bundesregierung seit Übergabe der Ergebnisse der ForseA-Kampagne „Ich muss ins Krankenhaus ... und nun?“ an die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer, auf einer öffentlichen Veranstaltung im Kleisthaus am 27. September 2007 getan, um die laut ForseA „katastrophale“ Versorgung von Schwerbehinderten während ihres Krankenhausaufenthaltes zu ändern (bitte die Aktivitäten und Maßnahmen sowie die jeweiligen Akteure einzeln nennen)?
43. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass – vor allem angesichts der Inflation und enormer Preissteigerungen insbesondere bei Energiekosten – in Deutschland ein Einkommen von 781 Euro reicht, um „über den Grundbedarf hinaus auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen“, wie der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Hartmut Schauerte, in seiner Antwort auf eine Frage in der Fragestunde des Bundestages am 18. Juni 2008 erklärte?

44. Abgeordneter
**Volker
Schneider**
(Saarbrücken)
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Hartmut Schauerte in der Fragestunde am 18. Juni 2008 vertretene Auffassung, dass ein Einkommen von 781 Euro über den Grundbedarf hinaus auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht, und gilt dies bereits für den Regelsatz von 351 Euro, bzw. welchen Grenzwert hält die Bundesregierung für die Ermittlung von Armut für angemessen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

45. Abgeordneter
**Lutz
Heilmann**
(DIE LINKE.)
- Wieso hat die Bundesregierung am 11. Juni 2008 auf meine schriftliche Frage 65 auf Bundestagsdrucksache 16/9554 geantwortet, dass es bezüglich der ursprünglich für Ende 2007 angestrebten Unterzeichnung des deutsch-dänischen Staatsvertrages zum geplanten Bau einer festen Fehmarnbeltquerung „noch Abstimmungen und formaler Prüfungen“ bedarf und ein „Termin für die Unterzeichnung [...] daher noch nicht fest“stehe, während der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Peter Harry Carstensen laut Pressebericht vom 18. Juni 2008 und somit nur eine Woche später sagte: „Der Entwurf eines Staatsvertrages liege vor und solle vor der Sommerpause des Parlaments von der deutschen und dänischen Regierung paraphiert werden“, und treffen die Aussagen von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen zu, so dass der Staatsvertrag also in den nächsten Wochen paraphiert werden wird?
46. Abgeordneter
**Rainer
Steenblock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung den Staatsvertrag zwischen Deutschland und Dänemark über Bau und Betrieb einer festen Fehmarnbeltquerung unterzeichnen und dem Deutschen Bundestag zuleiten, nachdem der Entwurf des Staatsvertrags nach Äußerungen des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen nun vorliegt?
47. Abgeordneter
**Peter
Hettlich**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung als Gesellschafter der Deutschen Bahn AG (DB AG) die aktuelle Kenntnislage, dass ein Planungsfehler zum Absturz eines Querriegels am Berliner Hauptbahnhof am 18. Januar 2007 geführt hat, auf den die DB Pro-

jektBau GmbH bereits am 24. April 2006 hingewiesen wurde (vgl. Berliner Zeitung vom 6. Juni 2008), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung in Betracht?

48. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Seit wann ist der Bundesregierung das Sachverständigengutachten zum Beweissicherungsverfahren bekannt, und welche Schritte hat sie bislang zur Aufklärung der Verantwortlichkeiten unternommen?
49. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern (Konditionen am Parkplatz Hauptbahnhof, Rabatte der DB AG oder als öffentliches Unternehmen) profitiert die DB Rent GmbH im Wettbewerb davon, dass sie Tochter der zu 100 Prozent im Bundesbesitz befindlichen DB AG ist, und welche Initiativen ergreift die Bundesregierung auf europäischer Ebene, damit man Tariftreue und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Ausschreibungsverfahren verbindlich vorschreiben kann?
50. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Auf Grundlage welcher Zuarbeiten der entsprechenden Stellen wird die TEN-Connect-Studie erstellt, und welche Ergebnisse hat diese Studie?
51. Abgeordneter
Lutz Heilmann
(DIE LINKE.)
- Bei welchen Flughäfen werden Planungsverfahren dadurch behindert oder verzögert, dass das untergesetzliche Regelwerk zum Fluglärmschutz nicht verabschiedet ist, und welche weiteren rechtlichen Folgen hat es, dass dieses Regelwerk bislang noch nicht verabschiedet ist?

